

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 80 (2005)
Heft: 10

Artikel: Verlässlicher Partner für Frieden und Freiheit im Kalten Krieg : 50 Jahre Bundeswehr
Autor: Uhde, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-716904>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Verlässlicher Partner für Frieden und Freiheit im Kalten Krieg – 50 Jahre Bundeswehr

Die Sicherheitspolitik von 1956 bis zur Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990

In der Juni-Ausgabe ist der erste Teil unserer dreiteiligen Serie «Entschieden für Frieden – 50 Jahre Bundeswehr» erschienen. Die Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland feiern in diesem Jahr das halbe Jahrhundert ihres Bestehens. Nun betrachtet der Autor die Sicherheitspolitik von 1956 bis zur Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990.

Am 2. Januar 1956 traten in Andernach am Rhein, in Nörvenich/Rheinland und in Wilhelmshaven die ersten Freiwilligen der neuen deutschen Streitkräfte ihren Dienst an. Sie waren der Grundstock für Heer, Luftwaffe und Marine. Ihre Ausbilder waren ehemalige Offiziere und Unteroffiziere der Wehrmacht. Akademiker, Studenten, Abiturienten, Meister, Gesellen und «Sons-tige» wollten Offizier oder Unteroffizier werden. Waffen und Geräte, an denen sie ausgebildet wurden, waren meist amerikanischen Ursprungs, teils wurde es schon im Koreakrieg 1950–1953 eingesetzt, das der Bundesrepublik Deutschland über ein Ausrüstungsabkommen zur Verfügung gestellt worden war. Genau so wie zahlreiche amerikanische Ausbildungsteams die Ausbilder und Freiwilligen unterrichteten.

Oberstlt Peter Uhde, Köln

helmshaven die ersten Freiwilligen der neuen deutschen Streitkräfte ihren Dienst an. Sie waren der Grundstock für Heer, Luftwaffe und Marine. Ihre Ausbilder waren ehemalige Offiziere und Unteroffiziere der Wehrmacht. Akademiker, Studenten, Abiturienten, Meister, Gesellen und «Sons-tige» wollten Offizier oder Unteroffizier werden. Waffen und Geräte, an denen sie ausgebildet wurden, waren meist amerikanischen Ursprungs, teils wurde es schon im Koreakrieg 1950–1953 eingesetzt, das der Bundesrepublik Deutschland über ein Ausrüstungsabkommen zur Verfügung gestellt worden war. Genau so wie zahlreiche amerikanische Ausbildungsteams die Ausbilder und Freiwilligen unterrichteten.

Das Soldatengesetz (SG) 1956

Das Inkrafttreten des SG war ein entscheidender Schritt zum Aufbau der Bundeswehr. Die Übernahme von über 9500 Angehörigen des Bundesgrenzschutzes (BGS) brachte den notwendigen Personalschub. Die innenpolitische Diskussion hierüber hatte sich lange hingezogen. Schliesslich entschied die Regierung durch das 2. BGS-Gesetz die Übernahme in die Bundeswehr. Wer von den BGS-Beamten keinen Einspruch einlegte, war ab 1. Juli 1956 Angehöriger der Bundeswehr, u. a. wurde fast der gesamte Seegrenzschutz für die aufzubauende Marine übernommen. So hatte man genügend Ausbildungs- und Funktionspersonal für die aufzustellenden Verbände, um ab dem III. Quartal 1956 unge-diente Freiwillige, besonders für das Heer, einzuberufen.

Mit dem Wechsel von Theodor Blank zu Franz Josef Strauss im Oktober 1956 wollte Bundeskanzler Konrad Adenauer den Aufbau der Streitkräfte forcieren. Das



Verstärkung für das Freiwilligenheer: Ankunft der ersten Wehrpflichtigen (Jahrgang 1937) auf dem Bahnhof in Mittenwald am 1. April 1957.

traute er dem neuen Verteidigungsminister eher zu. Relativ unbemerkt von der Öffentlichkeit vollzog sich in Munster/Lager die Gründung des Bundeswehrverbandes. Auf Grund der Koalitionsfreiheit, die im Grundgesetz verankert ist, entstand ein Berufsverband, wie es ihn in der deutschen Militärgeschichte noch nicht gegeben hatte. In diesem Zusammenhang ist noch ein Blick auf die Einstellung von Offizieren im Dienstgrad ab Oberst erwähnenswert. Für dieses Führungspersonal hatte der Bundestag Mitte 1955 die Einsetzung des «Personalgutachterausschusses» beschlossen. Dieser unabhängige Ausschuss von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens überprüfte jeden Bewerber ab Oberst, ob er die Voraussetzungen zur Aufnahme in die Bundeswehr erfüllte. Mit dieser «Begutachtung» wollte man verhindern, dass «durch das 3. Reich belastete» Offiziere eingestellt würden.

Bis zum April 1957 waren die neuen Streitkräfte in der Lage, die ersten 10 000 Wehrpflichtigen vom Geburtsjahrgang ab 1. Juli 1937 zum Heer einzuberufen. Durch den Tod von 15 Grundwehrdienstleistenden am 3. Juni 1957, die bei der Ausbildung in der Iller bei Kempten ertrunken waren, erlitten die Streitkräfte einen empfindlichen Rückschlag. «Schleifer Platzek» und «Unteroffizier Himmelstoss» waren wieder im Gespräch und das Ansehen «des Bürgers in Uniform» das sich positiv entwickelt hatte, erst einmal gestört.

Integration und Multinationalität

Mit der Ernennung von General Dr. Hans Speidel zum Befehlshaber der Landstreitkräfte der NATO in Mitteleuropa im April 1957 wurde die Gleichberechtigung der Bundeswehr in der Allianz gewürdigt. General Adolf Heusinger wurde der erste Generalinspekteur der Bundeswehr. Die Schaffung eines Generalstabes, wie es ihn in der Armee des Kaiserreiches, der Reichswehr und der Wehrmacht gegeben hatte, wollte man aus politischen Gründen nicht. Auch die Führungsorganisation in den Stäben wurde amerikanischem Muster angepasst. Schon Anfang 1958 stellte die Bundeswehr drei Divisionen des Heeres unter NATO-Kommando. Die Bundeswehr war von Beginn an Teil der politischen und militärischen Allianz der NATO. Ihre Truppen wurden als Bestandteil der Integration mit den Verbündeten ausgebildet und ausgerüstet. Die alliierten Truppen, die in der Bundesrepublik stationiert waren, zählten in den Sechzigerjahren etwa 27 000 Belgier, 44 000 Franzosen, 70 000 Briten, 8000 Kanadier, 8000 Niederländer und 245 000 Amerikaner. Die Bundeswehr legte von Anfang an Wert darauf, dass sie in den NATO-Stäben personell anteilmässig vertreten war. Da Truppenübungsplätze knapp waren, nutzte das Heer für Verbandsübungen Shilo in Kanada und Castlemartin in England, auf den NATO-Schiessplätzen trafen sich alle Nationen der Allianz.



Veranstaltung gegen die nukleare Bewaffnung der Bundeswehr Ende der 50er-Jahre: «Der Protestbewegung 'Kampf dem Atomtod' seinerzeit habe ich als junger Mensch aus tiefster Überzeugung angehört.»

Der erste Grossauftrag für ein Waffensystem des Heeres war der Lizenzbau für den Schützenpanzer HS 30, ein mit grossen Mängeln belastetes Fahrzeug. Die deutsche Rüstungsindustrie entwickelte sich wieder und hat im Laufe der Jahre Waffensysteme wie den Kampfpanzer LEOPARD, den Jagdpanzer JAGUAR, den Flugabwehrpanzer GEPARD, den Aufklärungspanzer LUCHS, den Spürpanzer FUCHS und anderes Grossgerät geliefert.

Parlamentskontrolleur für die Streitkräfte

Mit dem Gesetz über den Wehrbeauftragten des Bundestages (BT) (1957) wurde eine Institution geschaffen, die ebenfalls neu war. Als Hilfsorgan des BT und als besondere Petitionsinstanz für alle Soldaten soll er über die Wahrung der Grundrechte und die Einhaltung der Grundsätze der Inneren Führung wachen. Jeder Soldat kann sich unmittelbar an den Wehrbeauftragten wenden. Die Amtszeit dauert fünf Jahre, eine Wiederwahl ist möglich. Er darf aber weder Einzelfälle entscheiden noch Bundeswehrdienststellen Weisungen erteilen. Jährlich muss er dem Parlament einen schriftlichen Bericht über seine Tätigkeit vorlegen. Das «Stimmungsbarometer» sagt immer etwas über das innere Gefüge der Truppe aus.

Die Kubakrise im Oktober/November 1963, der Austritt Frankreichs aus der militärischen Integration der NATO im März 1966, die Entscheidung für die «Strategie der flexiblen Reaktion» der NATO im Dezember 1967 und die Niederschlagung des Aufstandes der Bevölkerung in der Tschechoslowakei gegen die sowjetischen Besatzer durch Truppen des Warschauer Paktes im August 1968 berührten die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik und festigten das Verhältnis zu den westlichen Alliierten.

Reformen und NATO-Doppelbeschluss

In der Grossen Koalition von Kanzler Kurt Georg Kiesinger wurde Helmut Schmidt (SPD) Verteidigungsminister. Als dieser im

Mai 1974 Bundeskanzler wurde, folgte ihm Georg Leber auf die Hardthöhe. Die neue Politik hatte kaum Einfluss auf das Militär. Die Einbindung in die NATO und die Erfordernisse der Verteidigungsfähigkeit gegenüber den massiven Kräften des Warschauer Paktes liessen das nicht zu.



Ein völlig neues Kapitel in der Geschichte deutscher Streitkräfte hat begonnen: Bundesverteidigungsminister Theodor Blank, flankiert von den frisch berufenen Bundeswehrgenerälen Adolf Heusinger und Alfred Speidel, vor dem Bundesverteidigungsministerium in Bonn nach der Ernennung der ersten 101 Soldaten am 12. November 1955 in der Ermeikaserne.

In der Zeit von Helmut Schmidt wurden viele Reformen angegangen. Eine war die Einrichtung der beiden Bundeswehrhochschulen in Hamburg und München. Der Offiziersnachwuchs sollte durch eine akademische Ausbildung qualifizierter und den Zeitoffizieren der Übergang ins zivile Berufsleben erleichtert werden. Die Einführung von Trimestern statt Semestern wurde als revolutionär empfunden, was sich im Laufe der Jahre aber bewährt hat. Auch die Zulassung von weiblichen Sanitätsoffizieren 1975 wurde als bedeutender Schritt hin zur Chancengleichheit erachtet, wobei der Ärztemangel nie ganz gelöst wurde. Der NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979, d. h. die Modernisierung der nuklearen Mittelstreckenraketen ab 1983 und das gleichzeitige Verhandlungsangebot zur beiderseitigen Begrenzung der Mittelstreckenraketen an die Sowjetunion sowie der Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan Weihnachten 1979 forderten von Politikern und Militär höchste «Alarmbereitschaft». «Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit», der Wahlspruch der NATO wurde der Bevölkerung wieder deutlich vor Augen geführt. Der Kalte Krieg existierte weiterhin, und die Bundesrepublik Deutschland benötigte die alliierten Partner auf ihrem Territorium. Das wurde von linksradikalen Kreisen anders bewertet, und Ausschreitungen gegen die Bundeswehr in Bremen und Bonn zeigten 1980 die unterschiedlichen politischen Auffassungen über Freiheit und die Rolle des Militärs zu deren Sicherstellung. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen über die Nachrüstung der Mittelstreckenraketen im Jahre 1983 führten zu innenpolitischen Auseinandersetzungen auf höchster Ebene.

Mit der Wahl Michail Gorbatschows zum Parteichef der KPdSU im März 1985 und seiner Politik des Glasnost (Öffentlichkeit/Offenheit) und der Perestroika (Umbau) änderten sich auch für die Bundesrepublik Deutschland die Verhältnisse. 1987 nahmen erstmals zwei Offiziere der Bundeswehr an einem Manöver des Warschauer Paktes in der DDR teil. Ende des Jahres wurde Verteidigungsminister Manfred Wörner einstimmig zum NATO-Generalsekretär nominiert. Mit seinem Namen ist eine Affäre verbunden, die ihn beinahe das Amt des Verteidigungsministers gekostet hätte. Der deutsche General Dr. Günther Kiessling, stellvertretender NATO-Oberbefehlshaber, wurde der Homosexualität und damit der Erpressbarkeit bezichtigt. Ein dubioser Schweizer Zeuge spielte dabei auch eine Rolle. Schliesslich stellten sich die Anschuldigungen als falsch heraus, und Kiessling wurde rehabilitiert.

Mauerfall und Ende des Kalten Krieges

Der Kalte Krieg und das Wettrüsten im Osten wie im Westen fand mit dem Fall der

LESERBRIEF

Freude und Enttäuschung

Ich bin ein Knabe mit Jahrgang 1989. Persönlich interessiere ich mich für den «Schweizer Soldat» und allgemein für das Wehrwesen der Schweiz und gehe auch oft an Anlässe der Armee.

Als zirka vor einem Monat in Aarwangen/Mumenthal das Militär präsent war, fuhr ich zum Übungsgelände. Es war eine Flab-Einheit, die sich dort auf einem Feld eingerichtet hat. Den ganzen Tag übten die Soldaten mit PC-7-Flugzeugen zusammen, und ich sah ihnen einen Nachmittag lang zu. Am Abend, als sie die Übung beendet hatten, lief ich mit einem Kollegen zu den Flab-Geschützen und ihren Kanonieren hin. Sie erklärten mir die ganze Mechanik der Geschütze, und ich durfte mich sogar auf ein Geschütz setzen und mit dem Visier den Himmel absuchen. Das hat mir natürlich sehr Spass gemacht, und es war interessant. Als ich später nach Hause lief, begegnete ich auf dem Feld einem betrunkenen Soldaten bei einem Flab-Geschütz mit einer Flasche Bier in der Hand. Mich enttäuschte, dass ein Soldat im Dienst unter Alkohol stehen kann.


Als ich heute morgen die Berner Zeitung las, standen mir sämtliche Haare zu Berge. Eine homosexuelle Offiziersvereinigung, die sich «Queer Officers Switzerland» nennt, steht für das Partnerschaftsgesetz ein. Dafür oder dagegen ist die Sache jedes einzelnen Stimmbürgers, aber dass dies in der Armee toleriert wird, ist haarsträubend. Wie soll ich als junger Schweizer Bürger noch das Vertrauen in unsere Armee haben?

J. Niederhauser, 4900 Langenthal



«Nun siegt mal schön»
1958: Zwischen Ironie und Skepsis – mit diesem Satz gab Bundespräsident Heuss (rechts) die Stimmung in der Bevölkerung den Soldaten gegenüber wieder.

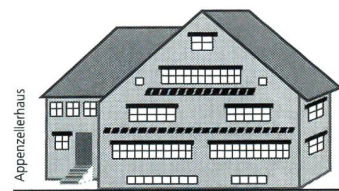
Berliner Mauer am 9. November 1989 ein Ende. Die Ereignisse im deutschen Schicksalsjahr 1990 verliefen dann so schnell, dass sie in ihren Auswirkungen gar nicht richtig erfasst werden konnten. Im März 1990 fanden die ersten freien Wahlen auf dem Territorium der DDR seit 1932 statt. Zum 1. Juli trat der Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in Kraft. Am 15./16. Juli besprachen Gorbatschow und Kohl im Kaukasus die Modalitäten der Wiedervereinigung Deutschlands. Die Reduzierung der Bundeswehr auf 370 000 Mann bis 1994 wurde dabei festgelegt. Ab Mitte August nahm ein Verbindungskommando des Bundesministeriums der Verteidigung in Strausberg im Ministerium für Abrüstung und Verteidigung, das der in der DDR-Friedensbewegung tätige Pfarrer Rainer Eppelmann führte, die Arbeit auf. Am 12. September wurden die «Zwei-plus-Vier-Verhandlungen» abgeschlossen und der Deutschland-Vertrag

unterzeichnet. Am 30. September unterzeichneten beide deutsche Staaten den Einigungsvertrag. Am 3. Oktober wurde der Tag der deutschen Einheit gefeiert, der seither gesetzlicher Feiertag ist. An diesem Tag hatte die Bundeswehr durch die Übernahme der Nationalen Volksarmee, das schlichte Zeremoniell fand in Strausberg statt, eine Stärke von über 500 000 Mann. Des weiteren waren 338 000 Soldaten und 208 000 Angehörige der «Westgruppe der Truppen», so die Bezeichnung der sowjetischen Verbände, auf dem Territorium der fünf neuen Bundesländer (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) stationiert. Der geordnete Abzug von «Mensch und Material» war eine besondere Herausforderung für die damit Beauftragten. Im Oktober feiert die Bundeswehr neben dem 50-jährigen Bestehen damit auch «15 Jahre Armee der Einheit». Über diese Zeit informiert der nächste Beitrag. 



Landesverteidigung im Deutschland des Kalten Krieges: Reservesoldaten während einer Grossübung in Süddeutschland.

Wir helfen unserer Bergbevölkerung – helfen Sie mit! 



SCHWEIZER BERGHILFE

Telefon 01/710 88 33
Fax 01/710 80 84

